

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A) **eines nationalen Stipendienprogramms (Stipendienprogramm-Gesetz – StipG)**

– Drucksache 17/1552 –

- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms (Stipendienprogramm-Gesetz – StipG)**

– Drucksache 17/1942 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

– Drucksache 17/2194 (neu) –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Stefan Kaufmann  
Marianne Schieder (Schwandorf)  
Dr. Martin Neumann (Lausitz)  
Nicole Gohlke  
Kai Gehring

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 17/2195 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Eckhardt Rehberg  
Klaus Hagemann  
Ulrike Flach

(B) Michael Leutert  
Priska Hinz (Herborn)

- d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn), Sylvia Kotting-Uhl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Nein zum nationalen Stipendienprogramm**

– Drucksachen 17/1570, 17/2194 (neu) –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Stefan Kaufmann  
Marianne Schieder (Schwandorf)  
Dr. Martin Neumann (Lausitz)  
Nicole Gohlke  
Kai Gehring

Dazu liegen ein Änderungsantrag und zwei Entschließungsanträge der Fraktion der SPD sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst der Bundesministerin Frau Dr. Annette Schavan.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung: (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Heute Nachmittag lädt die Bundeskanzlerin Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu einem **Zukunftsgipfel** ein, an dem auch eine Reihe von Mitgliedern des Bundeskabinetts teilnehmen wird. Eines der zentralen Themen bei diesem Zukunftsgipfel wird die **demografische Entwicklung in Deutschland** sein, also die Frage: Wo stehen wir 2020 mit Blick auf den Altersaufbau unserer Gesellschaft, mit Blick auf Rückgang und Zunahme der Zahl der Menschen in bestimmten Altersgruppen? Zu den zentralen Daten, die uns beschäftigen werden, gehört die Tatsache, dass im Jahre 2020 rund 3,1 Millionen unter 25-Jährige weniger leben werden als heute. Das ist ein Rückgang um 15 Prozent bei einem sonstigen Rückgang der Bevölkerung um 2 Prozent.

Warum sage ich das? Weil sich aus solchen Fragen und Diskussionen über die Zukunftsfähigkeit in Deutschland und die besondere Situation, dass wir wie kaum ein anderes europäisches Land von der demografischen Entwicklung, von einer älter werdenden Gesellschaft betroffen sind, eine besondere Verantwortung für alle Fragen, die mit Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung zu tun haben, ergibt. Deshalb ist mit der Priorität für Bildung und Wissenschaft in dieser Bundesregierung auch verbunden, dass wir alles tun wollen, um in der ganzen Bandbreite unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems junge Leute zu ermutigen.

Das, worüber wir heute Morgen sprechen, gehört zu den Maßnahmen, mit denen wir ein deutliches Signal an diejenigen senden wollen, die sich für ein Studium entscheiden: Es ist dafür gesorgt, dass es eine breitere Vielfalt an Möglichkeiten der Studienfinanzierung gibt. Dazu sagen wir: Wir wollen beides: die Weiterentwicklung des BAföG und den Aufbau eines nationalen Stipendiensystems. Wir wollen das klare Signal setzen: Wir kümmern uns um eine bessere Studienfinanzierung in Deutschland. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Rückblick zeigt, dass es über einen langen Zeitraum hinweg – übrigens auch in all den Zeiten, in denen es überhaupt noch keine Studiengebühren, aber auch überhaupt keine Stipendien gab – nicht gelungen ist, den Zugang zum Studium für wirklich alle Gruppen in der Bevölkerung, auch für jene aus einkommensschwachen Familien, gut zu gestalten. Der **Anteil der Studierenden aus einkommensschwachen Familien** ist zu gering. Deshalb gehen wir bei der Studienfinanzierung neue Wege. Das ist für uns auch mit dem Ziel verbunden, mehr jungen Leuten aus einkommensschwachen Familien die Möglichkeit zu einem Studium zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb bringen wir das 23. BAföG-Änderungsgesetz ein. Wir heben die Bedarfssätze an und erhöhen die Freibeträge. Künftig wird der Förderhöchstsatz für Studierende bei 670 Euro monatlich liegen. Wir können davon

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) ausgehen, dass die jährliche Zahl derer, die gefördert werden, um 50 000 bis 60 000 erhöht werden wird.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das hat schon bei der alten Novelle nicht geklappt!)

Das ist ein erstes wichtiges Ziel: Wir wollen, dass künftig mehr Studierende die Möglichkeit haben, nach BAföG gefördert zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Wir passen die Regelungen an neue **Studienstrukturen** an, Stichwort: Masterstruktur. Wir erhöhen für das Masterstudium die Altersgrenze auf 35 Jahre. Wir modernisieren – auch das ist ein wichtiges Thema –, indem wir bei der Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten im Hinblick auf die Altersgrenze flexibler werden. Das heißt, wir entwickeln das BAföG so weiter, dass sich einerseits neue Studienstrukturen besser abbilden und andererseits weitere Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Studium erreicht werden. Auch das halte ich mit Blick auf die Entwicklungen in den nächsten zehn Jahren für einen ganz wichtigen Punkt: Wir geben jungen Familien, bei denen Vater, Mutter oder beide im Studium sind, bessere Möglichkeiten, das Studium mit der Familie, mit den Kindern und den Kinderbetreuungszeiten, zu verbinden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Schließlich greifen wir auf, was bei der Begutachtung bisheriger Verwaltungspraxis immer wieder angesprochen worden ist. Wir vereinfachen die **Verwaltung**, pauschalieren die Wohnkosten, vereinfachen das Verfahren zur Anerkennung von Leistungen, verzichten auf den Nachweis von Sprachkenntnissen bei Auslandsaufenthalten. Das, was sich in vielen Bereichen anbietet, soll also auch hier geschehen: einfachere Verfahren bei der Bearbeitung, Vereinfachung der Verwaltung.

- (B) – Genau, Herr Gehring, das ist Bürokratieabbau; da haben Sie völlig recht.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Stattdessen Stipendienbürokratie nonstop!)

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Swen Schulz [Spanndau] [SPD]: Da haben Sie mal wieder falsch zugehört! Bürokratiemonster!)

Man kann ihn weiter vorantreiben.

Ich glaube, dass wir damit einen wichtigen Schritt machen; denn BAföG ist in dem Maße wirksam, in dem es gelingt, eine vernünftige Verbindung zwischen der Steigerung der Lebenshaltungskosten und den Frei- und Förderbeträgen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes herzustellen. Deshalb ist das ein klares Signal. Wir halten Wort: Vor zwei Jahren, 2008, haben wir das BAföG um 10 Prozent erhöht; jetzt erhöhen wir weiter. Das muss ein kontinuierlicher Prozess sein.

Es muss ein bildungspolitisches Ziel sein – ich habe es eben gesagt –, das wirklich für alle gilt: Der Geldbeutel

der Eltern ist nicht ausschlaggebend für die Aufnahme eines Studiums. Das ist nicht nur ein bildungspolitisches Ziel, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit und des klugen Umgangs mit Talenten. (C)

Wir wollen auch deshalb ein zweites, neues Instrument schaffen. Ein Förderhöchstsatz von 670 Euro monatlich ist gut; aber künftig soll es möglich sein, zusätzlich zu den 670 Euro weitere 300 Euro elterneinkommensunabhängig zu bekommen, und zwar über ein **Stipendium**, das sich aus Investitionen der öffentlichen Hand und der Zivilgesellschaft zusammensetzt. Das ist heftig diskutiert worden, und wir werden es gleich wieder heftig diskutieren. Einige stehen schon in den Startlöchern, um loszulegen. Ich sage Ihnen: Das ist ein überfälliges Signal. Seit zehn Jahren diskutieren wir in Deutschland über Stipendien. Wir bewundern die großen Wissenschaftsnationen,

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Sie vielleicht!)

bei denen sich deutsche Studenten um Stipendien bewerben. Es wird Zeit, dass es in Deutschland endlich Stipendien gibt. Deshalb wollen wir sie einführen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit unserem Vorhaben ist noch etwas anderes als Geld verbunden. Es wird Zeit, dass in Deutschland eine größere **Solidarität mit unserem Wissenschaftssystem**, mit den Hochschulen möglich wird. Ein Wissenschaftssystem verdient es, dass die Zivilgesellschaft, dass diejenigen, die studiert haben und heute gut verdienen, mit ihren Hochschulen solidarisch sind. (D)

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Die Wirtschaft lässt Sie im Regen stehen!)

Das ist in anderen Ländern in den Ehemaligenvereinen selbstverständlich. Deshalb müssen wir ein anderes System schaffen. Wir müssen einen Impuls setzen, der sich nicht nur an die öffentliche Hand und ihre Investitionen wendet, sondern der endlich die Verbindungen zwischen den Ehemaligen und ihren Hochschulen verbessert. Eine gemeinschaftliche Aktion von Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand ist nötig, um Studierenden die Möglichkeit zu geben, in Deutschland ein Stipendium zu erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir erweitern das Spektrum. Auch das ist ein starkes Signal.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Präsident meldet sich bei mir. Also sage ich als letzten Satz: Das, was unentwegt diskutiert wird – –

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich hatte gehofft, Sie wollten mir etwas Nettes sagen, aber – –

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) **Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Ich habe Sie doch schon angestrahlt, als ich zum Rederpult ging.

Die ganze Debatte über das Matthäus-Prinzip – was ist mit den Starken, wo bleiben die Schwachen – ist nichts weiter als die Fortsetzung einer alten, unergiebigsten Debatte. Mit dieser Art von Debatte haben Sie nichts erreicht. Sie haben niemanden aus einkommensschwachen Familien an die Hochschulen gebracht. Die ersten Erfahrungen in NRW zeigen: Erst dort, wo Stipendien zur Verfügung stehen, erreichen wir mehr Durchlässigkeit,

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Unsinn!)

erreichen wir, dass mehr Menschen aus einkommensschwachen Familien an Hochschulen studieren. Das ist das Ziel dieser Regierung. Diese Maßnahme ist wichtig. Deshalb bitte ich um Zustimmung für diesen neuen Impuls.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –  
Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das war  
aber schwach!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält der Kollege Swen Schulz für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(B) **Swen Schulz** (Spandau) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das BAföG ist das zentrale Instrument der Ausbildungsförderung. Es geht darum, dass allen ein Studium, eine schulische Qualifikation auch dann ermöglicht wird, wenn sie es sich allein eigentlich gar nicht leisten können. Das Entscheidende dabei ist der **Rechtsanspruch**. Alle können sich darauf verlassen, dass sie etwas erhalten, und ausrechnen, was sie erhalten. Nur so kann man Gerechtigkeit organisieren. Das ist der entscheidende Unterschied zu dem von der Regierungskoalition geplanten nationalen Stipendienprogramm. Dazu wird die Kollegin Schieder noch einiges sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat das BAföG eingeführt,

(Dr. Martin Neumann [Lausitz] [FDP]: Mit der  
FDP!)

und sie hat es immer nach Kräften weiterentwickelt und verbessert. Beispielsweise hat Rot-Grün nach der Regierungszeit von Helmut Kohl mit der Verantwortung des damaligen Ministers Rüttgers das BAföG wieder auf ein solides Fundament gestellt. Ich will daran erinnern, Frau Schavan – auch das muss man dürfen –, dass es notwendig war, dass wir Sozialdemokraten in Zeiten der Großen Koalition das BAföG verteidigten. Es gab ganz andere Pläne vonseiten der CDU/CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es hat Jahre gedauert, bis wir Sie überzeugen konnten, das BAföG weiter zu verbessern. (C)

Das BAföG muss immer weiter entwickelt und den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen angepasst werden. So ist das auch heute. Das zeigen uns die Zahlen der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger. Das zeigen auch aktuelle Untersuchungen, die wir im Ausschuss diskutiert haben. Es ist ganz klar, dass überwiegend finanzielle Probleme dazu führen, dass zum Beispiel Studierende ihr Studium abbrechen oder Interessierte ein Studium gar nicht erst aufnehmen.

Um dieses Problem zu beheben, muss das BAföG, wie gesagt, modernisiert werden. Wir haben deswegen ein entsprechendes **Konzept** vorgelegt. Ich möchte kurz auf einige Punkte eingehen: Wir wollen, dass die Bedarfssätze um 3 Prozent erhöht werden, damit diejenigen, die eine Ausbildung machen, mehr Geld erhalten. Wir wollen aber vor allem – das ist der Schwerpunkt, den wir setzen – die Freibeträge um 10 Prozent erhöhen, damit der Kreis derjenigen, die in den Genuss einer Förderung kommen können, auch entsprechend ausgeweitet wird.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Nicole  
Gohlke [DIE LINKE])

Darüber hinaus wollen wir etwas Neues einführen, nämlich eine zweite Einkommensgrenze. Wir wollen damit das Mittelstandsloch, das wir sehen, schließen. Diejenigen, die kein BAföG bekommen können, aber trotzdem Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Ausbildung haben, sollen zumindest ein zinsloses Darlehen erhalten. Wir wollen die Förderhöchstdauer ausweiten, weil wir sehen, dass viele ihr Studium in der geforderten Zeit nicht abschließen können. Diese Studierenden sollen weiterhin BAföG erhalten können. Wir wollen die Förderlücke zwischen dem Abschluss des Bachelorstudiums und der Aufnahme des Masterstudiums, in der kein BAföG gezahlt wird – sie kann bis zu vier Monate betragen –, schließen. Wir wollen die Teilzeitausbildung förderfähig machen, die Altersgrenzen deutlich anheben und eine automatische Anpassung einführen. Es gibt weitere Punkte in unserem Antrag, die ich aus Zeitgründen leider nicht ansprechen kann. (D)

Nachdem wir diesen Antrag eingebracht haben, haben wir gehofft, mit der Regierungskoalition in einen Dialog darüber eintreten zu können. Aber diese Hoffnung war leider trügerisch. Die Regierungskoalition hat einen Gesetzentwurf eingebracht. Im Ausschuss haben wir dann eine Sachverständigenanhörung durchgeführt. Die **Sachverständigen** haben einhellig Folgendes gesagt:

Erstens. Die BAföG-Novelle der Regierungskoalition geht in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –  
Patrick Meinhardt [FDP]: Ihre eigene Fraktion  
kann da nicht applaudieren!)

– Es ist schön, auch von Ihnen einmal Applaus zu bekommen.

Zweitens vertraten die Sachverständigen genauso einhellig die Meinung, dass mit diesem Gesetzentwurf zu